

# Genug Lebensmittel nur mit fairen Regeln

Die EU-Agrarpolitik erschwert die Hungerbekämpfung in den Entwicklungsländern

von Martin Häusling

*Wahlen und Insolvenzen haben die Frage des Hungers in der Welt in den Zeitungen weit nach hinten gerückt. Zum Tag der Welternährung im Oktober 2009 präsentierte die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen FAO neue Zahlen. Obwohl wir hier in Europa steigende Ernten und volle Supermarktregale haben, hungern nach wie vor über eine Milliarde Menschen auf der Welt – mehr als je zuvor! Die Hälfte der Hungernden sind Kleinbauern in Entwicklungsländern. Es hungern also vor allem jene, die selbst Nahrung produzieren. Einer der Gründe hierfür ist die Agrarpolitik der EU. Die Subventionierung von Nahrungsmittelexporten aus der EU zerstört – wie an vielen Beispielen gezeigt werden kann – die bäuerlichen Haushalte in den Entwicklungsländern. Und von der Liberalisierung des Agrarhandels profitiert ökonomisch einseitig die EU. Bei der Gestaltung der EU-Agrarpolitik müsste daher die Hungerbekämpfung – anders als bisher – eine zentrale Rolle spielen.*

Als größter Importeur und Exporteur von Agrarprodukten kommt der Europäischen Union eine besondere Verantwortung zu. Die Agrar- und Ernährungspolitik der EU beeinflusst nicht nur was auf unseren Äckern wächst und welche Produkte in Supermärkten angeboten werden, sie beeinflusst auch was auf anderen Kontinenten produziert wird.

Bekanntestes Beispiel ist die Abhängigkeit des Geflügel- und Schweinesektors von Sojaimporten aus Amerika. Ohne die Sojafelder in den USA, in Argentinien und Brasilien wären unsere Ställe deutlich leerer. Die Exporte von Geflügelfleisch sind zwischen 1999 und 2005 um über 150, die von Schweinefleisch um 90 und von Rindfleisch um über 200 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum nahm der Import von Sojaschrot in die EU um 85 Prozent zu.

Bislang betonen Entwicklungsexperten ausdauernd, dass eine „Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche der EU“ Leitlinie sei, doch der Blick auf die Wähler und Interessengruppen führt immer wieder zu gegenteiligen Entscheidungen. Was bedeutet hier Kohärenz? Zuerst sollte die EU-Politik die Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern nicht unterlaufen! Da in Entwicklungsländern 50 bis 60 Prozent der Menschen ihr Einkommen aus der Landwirtschaft beziehen (teils bis zu 90 Prozent, beispielsweise in Burkina Faso 84 Prozent, in Uganda 82 Prozent, in Äthiopien 80 Prozent), kommt

der EU-Agrarpolitik eine besondere Rolle zu. Doch bei der Gestaltung der EU-Agrarpolitik spielt die Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern kaum eine Rolle.

## Vergessenes Versprechen

Die Milchquote liegt deutlich über dem Eigenverbrauch der europäischen Verbraucher; die EU zählt zu den führenden Exporteuren auf dem internationalen Milchmarkt. Nur sieben Prozent der globalen Milchproduktion werden überhaupt global gehandelt. Zu welchen Bedingungen die EU ihre Milchprodukte auf dem Weltmarkt anbietet, beeinflusst direkt, ob Bauern in Pakistan, Bangladesch oder Burkina Faso von ihrer eigenen Milcherzeugung leben können oder nicht. Als rasch verderbliches Lebensmittel ist Milch denkbar ungeeignet für den internationalen Handel; exportiert werden also vor allem Milchpulver und Butter. Als zur Jahreswende 2007/2008 die Preise für Milch sanken, nutzte die EU-Kommission rasch wieder das Instrument der Exportsubventionen. Dabei hatte die EU schon vor langem angekündigt, dass diese Form des Dumpings ab 2013 auslaufen soll. Entwicklungsorganisationen weisen seit langem auf die zerstörerischen Folgen für die bäuerlichen Haushalte in Entwicklungsländern hin. Ob in Burkina Faso oder in Kamerun: immer wieder gaben Kleinmolkereien auf, da

die Verarbeitung der einheimischen Milch mit dem subventionierten Milchpulver nicht mithalten konnte (1).

Auch wenn Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner immer wieder erklärte, dass die Exporte nicht in „besonders sensible, wenig entwickelte Länder“ gehen sollen: In den ersten drei Monaten landete das Milchpulver fast ausschließlich in Entwicklungsländern, selbst große Milchproduzenten wie Pakistan wurden beliefert, auch allerärmste Länder wie Bangladesch. Oxfam berichtete Anfang Oktober 2009, dass die subventionierte Milchausfuhr einen Anteil von fünf Prozent an der europäischen Milchlieferung und von 17 Prozent am Weltmilchmarkt hat.

### Lokale Märkte fördern statt Export

Wie im Milchsektor wird der große Teil der Agrarprodukte in den Regionen konsumiert, in denen er hergestellt wird. Eine Ausnahme sind Mais und Sojabohnen: Hier wird ungefähr ein Drittel global gehandelt.

Um den Hunger in ländlichen Räumen zu bekämpfen, brauchen Kleinbauern zunächst einmal Zugang zu

Land: garantierte Landrechte, die auch dann noch bestehen, wenn Land plötzlich wieder begehrt wird wie während des Sojabooms in Südamerika. Selbst in Ländern wie Argentinien mit gut gesicherten Landnutzungsrechten verloren Familien ihr Land. Ihre Landurkunden waren wertlos, als mit Sojabohnen Geld zu verdienen war. In anderen Ländern wie auf den Philippinen verpfänden Kleinbauern ihr Land, um mit Krediten Saatgut oder Düngemittel zu kaufen.

Neben Land benötigen die ärmsten Bauern Zugang zu Wasser, angepasstes Saatgut ohne Patentschutz (siehe Kasten), Zugang zu Krediten und eine Beratung. Wer selbst nicht satt wird, hat kaum Reserven, um Weltmärkte zu bedienen. Im gemeinsamen Projekt EcoFair Trade Dialogue von der Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor wurde die Idee befürwortet, dass zunächst Erfahrungen auf lokalen Märkten mit nachhaltigen Produkten gesammelt werden sollen, nach ausreichenden Erfahrungen folgen regionale und nationale Märkte. Wenn dann immer noch Mengen übrig sind, können globale Märkte bedient werden (2).

Eine einseitige Konzentration auf Weltmärkte verkennt reale Probleme von Kleinbauern in Entwicklungs-

## Saatgutrechte und Ernährungssicherheit

von Mute Schimpf

Schon seit Jahren haben in Deutschland – inzwischen erfolgreich – Bauern und Verbraucher für den Erhalt der Kartoffelsorte Linda gekämpft. Die Frage, wer welche Rechte am Saatgut hat, stand im Oktober 2009 auch auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf der Tagesordnung. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, bewertete dort Folgen von weitreichenden Schutzrechten im Saatgutsektor für die Ernährungsfrage in Entwicklungsländern (3). Um satt zu werden, reicht es nicht aus, durch die Züchtung Erträge zu steigern, es gelte die Einkommen der ärmsten Bauern zu steigern, deren Felder häufig in benachteiligten Gebieten liegen. Das Menschenrecht auf Nahrung erfordert besonders den Bedarf der ärmsten Bauern im Saatgutsektor in den Mittelpunkt zu stellen, so De Schutter. Das Recht auf Nahrung verpflichtet Staaten dazu, die Saatgutgesetzgebung und die Rechte der Züchter so zu gestalten, dass Bauern, die auf kommerzielles Saatgut angewiesen sind, weiterhin Landwirtschaft betreiben und ihre Existenz sichern können.

Damit setzt De Schutter ein deutliches Gegengewicht zu den Bestrebungen, „alles unter der Sonne“ für patentierbar zu erklären und selbst konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere patentieren zu können (4).

Die immer weitergehende Trennung von Landwirtschaft und Pflanzenzüchtung führte zu einer steigenden Nachfrage nach Züchterrechten. Inzwischen haben die meisten Entwicklungsländer zwei Saatgutmärkte. Einen traditionellen mit lokal angepasstem Saatgut und hoher Vielfalt, auf dem frei getauscht wird. Zusätzlich gibt es einen Markt für kommerzielles Saatgut, bei dem die Wiederaussaat der Ernte und der Tausch unter den Bauern eingeschränkt bis verboten sind. Die Wahlmöglichkeit für Kleinbauern zwischen beiden Systemen ist begrenzt. Neben Sortenschutzgesetzen ist der Zugang zu Krediten in ländlichen Regionen in manchen Fällen an Gutscheine für kommerzielles Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel geknüpft.

Der Indien-Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte kam zu der Empfehlung, dass Indien Anreize geben sollte, damit Bauern lokales Saatgut mit allen Nachbaumöglichkeiten nutzen, um ihre Abhängigkeit von Saatgutkonzernen zu beenden.

### Autorin

Mute Schimpf

Mitarbeiterin von MdEP Martin Häusling und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

E-Mail: erdmute.schimpf@europarl.europa.eu

## Folgerungen & Forderungen

- Bei der Gestaltung der EU-Agrarpolitik spielt die Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern bislang kaum eine Rolle.
- Exportsubventionen der EU und die einseitige Orientierung am Weltmarkt zerstören lokale und regionale Märkte in den armen Ländern.
- Bei der EU-Agrarpolitik gilt es daher, neben den Interessen von Bauern, Verbrauchern und der Umwelt in Europa auch die Interessen von Erzeugern im Süden mitzubersichtigen.
- Auch in den Entwicklungsländern ist ein Umdenken erforderlich. Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung muss Vorrang vor Exporten haben: Zuerst satt werden, dann lokale Märkte, dann regionale und am Ende internationale Märkte bedienen.

ländern. Viele der global gehandelten Agrargüter werden kaum noch von Kleinbauern angebaut. Sojabohnen, Reis und Palmöl für Exportmärkte stammen überwiegend von mittleren bis großen Produzenten. Bei Kakao, Baumwolle und Kaffee sieht es noch anders aus, ihre Ernte bestimmt das Einkommen von Millionen Kleinbauern. Handelsregeln, Subventionen und Standards in der Erzeugung können diese Kleinbauern in die Verschuldung treiben.

### Agrarhandel – wer profitiert?

Ein Blick in die Handelsstatistiken der EU überrascht: Zwischen 1995 und 2005 haben die ärmsten Staaten der Welt kaum Agrarprodukte in die EU exportiert, gerade mal bei Zucker, Tabak und bei Gemüse wurden nennenswerte und steigende Umsätze erzielt.

Die 79 sogenannten „AKP-Staaten“, ehemalige Kolonien von Frankreich und Großbritannien in Asien, der Karibik und im Pazifikraum, haben trotz bevorzugter Handelsregeln im gleichen Jahrzehnt bis auf den Bereich des Obst- und Gemüse-sektors fast überall den Import in die EU drastisch zurückgefahren. Aber die Exporte der EU in die AKP-Länder steigen rege. Zwischen 1999 und 2006 nahmen sie um 39 Prozent zu. Diese Zahlen zeigen eindeutig, wer von der Liberalisierung des Agrarhandels profitiert (hat) – und wer nicht.

### Anmerkungen

- (1) Zum Milchdumping in Kamerun siehe die Informationen von Brot für die Welt im Internet unter [www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/aktuell02\\_milchdumping.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/aktuell02_milchdumping.pdf). – Siehe auch die von Misereor und AbL gemeinsam herausgegebene Studie von B. Thomsen (2007): Strategie Billige Milch (zu beziehen über [thomsen@abl-ev.de](mailto:thomsen@abl-ev.de)) sowie [www.misereor.de/themen/welthandel/welt-agrarhandel/exportsubventionen-fuer-milchprodukte.html?0=](http://www.misereor.de/themen/welthandel/welt-agrarhandel/exportsubventionen-fuer-milchprodukte.html?0=).
- (2) W. Sachs und T. Santarius (2007): Slow Trade – Sound Farming (zu beziehen unter: [www.ecofair-trade.de](http://www.ecofair-trade.de)).
- (3) Vgl. hierzu die Studie De Schutters: Seed policies and the right to food: Enhancing agrobiodiversity, encouraging innovation – Report (A/64/170) ([http://www.fundp.ac.be/facultes/droit/crid/propriete/rapport\\_ods.html](http://www.fundp.ac.be/facultes/droit/crid/propriete/rapport_ods.html)) bzw. [www.srfood.org](http://www.srfood.org).
- (4) [www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org).

### Autor

*Martin Häusling*

Biobauer und seit Juli 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz. Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie des Haushaltskontrollausschusses.

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60 – ASP 8H 255  
B-1047 Brüssel

E-Mail: [martin.haeusling@europarl.europa.eu](mailto:martin.haeusling@europarl.europa.eu)

